

Diskussionsveranstaltung:

Von der nuklearen Abschreckung zur globalen Kooperation –

Was bedeutet der Atomwaffenverbotsvertrag auf diesem Weg?

Di., 10. Mai 2022, 18:30 Uhr,
in Hörsaal V, Uni-Hauptgebäude

Mit **Susanne Grabenhorst** von der IPPNW (Internationale Ärzt*innenorganisation für die Verhütung des Atomkrieges)

„Wir haben als internationale Organisation wesentlich den Weg bereitet für den bereits bestehenden Atomwaffenverbotsvertrag. Dieser bedeutet eine neue internationale Rechtsnorm, die den Weg zur Abschaffung der Atomwaffen und damit einer friedlicheren Welt weist. Wir wollen gemeinsam weiterarbeiten für Frieden, Klima und Gerechtigkeit.“

„Im Sturm den Friedenskurs halten“ Hamburger Erklärung – Resolution zum IPPNW-Jahreskongress 2022.



„Frieden! Die Erde hat den Krieg satt“
Graphikerkollektiv Grapus, 1989.

2007 hat die Internationale Ärzt*innenorganisation für die Verhütung des Atomkrieges gemeinsam mit anderen „ICAN“ ins Leben gerufen – die „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ ein internationales Bündnis von Nichtregierungsorganisationen. Auf diese Initiative geht der Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zurück, der 2021 in kraft getreten ist und mittlerweile von über 60 Staaten ratifiziert worden ist. Der Vertrag verbietet die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen, wie auch die Drohung mit diesen Waffen. Allerdings hat bisher keiner der Atomwaffenbesitzenden Staaten unterzeichnet.

Die erste Konferenz der Unterzeichnerstaaten wird im Juni dieses Jahres in Wien stattfinden, die Bundesrepublik wird als Beobachterin teilnehmen. Das ist ein wichtiger Schritt. Allerdings hält Deutschland bisher an der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ und an der

Lagerung von US-Atombomben in Büchel fest und hat gerade die Anschaffung atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge aus den USA beschlossen. Hinzu kommt: In Deutschland und vielen anderen Staaten ist der Krieg in der Ukraine Anlass für eine bis vor Kurzem kaum vorstellbare Aufrüstung. Die Vertragsstaatenkonferenz in Wien findet in Zeiten statt, in denen der russische Überfall auf die Ukraine und Waffenlieferungen der NATO-Staaten zu einer hochgefährlichen Konfrontation zwischen nuklear bewaffneten Großmächten geführt haben.

Welche Gefahren eines Einsatzes von Atomwaffen birgt der Konflikt in der Ukraine? Wie gelingt ein Weg aus der Eskalationsspirale, hin zu globaler Kooperation und was bedeutet der Atomwaffenverbotsvertrag auf diesem Weg? Welche Bedeutung hat dafür die Zivilgesellschaft? Darüber wollen wir mit Susanne Grabenhorst von der IPPNW diskutieren.

Veranstalter: *Fachschaft Physik*

Ausstellung in der Uni-Mensa:
**„Die Würde des Lebens beschützen.
Für eine Welt ohne Atomwaffen“**

Uni-weite Mitgliederinitiative
„Für eine Welt ohne Nuklearwaffen“

Weitere Infos auf der Rückseite ➡

Ausstellung in der Uni-Mensa:
**„Die Würde des Lebens beschützen.
Für eine Welt ohne Atomwaffen“**

Die Ausstellung ist bis Ende Mai während der Öffnungszeiten der Mensa zugänglich,
das heißt Montag bis Freitag von 10 bis 19 Uhr.

Führungen zur Ausstellung kündigen wir zeitnah unter www.zivilklausel.uni-koeln.de an!

Die Wanderausstellung wurde zum ersten Mal im August 2012 in Hiroshima auf dem 20. Weltkongress der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) gezeigt. Seitdem tourt die Ausstellung durch die ganze Welt.

Mit der Ausstellung soll über die ungeheuren Gefahren aufgeklärt werden, die von Atomwaffen ausgehen, sie soll Menschen ermutigen, sich aktiv für eine Welt frei von Atomwaffen einzusetzen und die Unterstützung des Verbots von Atomwaffen fördern.

Uni-weite Mitgliederinitiative:
„Für eine Welt ohne Nuklearwaffen“

Bereits über 2000 Hochschulmitglieder haben die Mitgliederinitiative „Für eine Welt ohne Nuklearwaffen“ unterzeichnet:

„Es ist die Verantwortung und Aufgabe der Wissenschaft und der Hochschulen sich für Aufklärung, Völkerverständigung, Frieden und Menschlichkeit zu engagieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu ratifizieren und damit Initiative für die Sicherung menschlicher Lebensgrundlagen und eine neue Etappe von Entspannung, internationaler Abrüstung und Kooperation zu ergreifen. Sie muss zudem tatkräftig für den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen und gegen die im Rahmen der NATO geplante Nuklearwaffen-Modernisierung wirken.

Den Senat der Universität fordern wir auf, in diesem Sinne öffentlich Stellung zu beziehen.“

Am 21. Juni 2022 wird die erste Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen stattfinden, die BRD wird als Beobachterin teilnehmen. Ziel der Mitgliederinitiative ist eine Positionierung der Universität Köln für die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die BRD. Dafür wollen wir die Unterschriften in diesem Semester in den Senat der Uni einbringen.

Unterzeichnet und verbreitet die Initiative! Listen zum Ausdrucken und Unterschreiben sowie weitere Informationen findet ihr auf der Homepage der Fachschaft Physik: ogy.de/zylc